

Eine Kundgebung für Wohnungsreform.

Der „Deutsche Wohnungsausschuß“, dessen 1. Vorsitzender Geh. Rat Dr. Diez ist, hatte zu gestern abend nach dem „Rheingold“ eine Versammlung von Organisationen und Körperschaften einberufen, um eine Stellungnahme zur Wohnungsfrage herbeizuführen. Es handelte sich dabei nicht allein darum, auf eine etwaige Wohnungsnot nach dem Kriege, die in vielen Orten zu erwarten sein soll, hinzuweisen und auf Vorbeugung zu dringen, sondern unter Berücksichtigung der Lehren der Kriegszeit sich grundsätzlich über die Wohnungsfrage zu äußern und auf planmäßige Maßnahmen in der Uebergangswirtschaft hinzuwirken. Den Hauptvortrag über Krieg und Wohnungsfrage hielt der Tübinger Universitätsprofessor Dr. D. J. Fuchs. Seine Forderungen waren in folgende Leitsätze zusammengefaßt, die zur Annahme empfohlen wurden:

Die Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärt:

Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabweisbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Inangriffnahme dieses Wertes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden.

Als nächst wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern: Zur Lösung der Bodenfrage: Gesetzliche Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Vorkaufsrechtes usw., billige Hergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes, sowie Gründung großer gemeinnütziger Boden- und Siedelungsgesellschaften mit weitgehender öffentlicher Hilfe. Zur Lösung der Kapitalfrage, Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden, sowie organisch: Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswesens.

Verbesserung der Verwaltungs-Organisation für das Wohnungswesen durch Einrichtung einer Zentralstelle für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswesen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßnahmen in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten.

Das baldige Zustandekommen der preußischen Wohnungs-Gesetzgebung.

In der Besprechung ergriffen die Reichstagsabgeordneten Göhre, Dr. Liebmann, Weinhausen, Pastor Liz. Mumm und Mitglieder des deutschnationalen Arbeiterkongresses das Wort. Der Erklärung stimmte man zu.